

# **Rede von Bürgermeister Dr. Thomas Dünchheim**

## **zur Einbringung des Haushalts 2007**

### **Ratssitzung 19.12.2006**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in genau 12 Tagen ist das Jahr 2006 vorüber. 2006, das Jahr der Fußballweltmeisterschaft, Deutschland ein Sommertraum, die Konjunktur springt an, das Bruttoinlandsprodukt wächst kräftig, die Arbeitslosenzahlen sinken deutlich, die Steuerkraft von Bund, Ländern und Kommunen wächst erkennbar. Neue Zuversicht und neuer Optimismus, das sind die beiden Schlagworte, die das Jahr 2006 belegen. Vorbei ist der Stillstand, Vorbei ist die Rezession, vorbei ist die finanzielle Staatskrise. Die große Koalition arbeitet – nicht gut, aber sie kommt mit kleinen Schritten voran. Dresden ist die erste Stadt, die entschuldet ist, in Langenfeld steht die Entschuldungsuhr und der Oberbürgermeister von der Düssel läuft auch mit dicken Backen durchs Dorf. Alles Nachrichten, meine Damen und Herren, mit denen wir im letzten Jahr nicht gerechnet hätten. Alles Nachrichten, die ebenso gefährlich wie trügerisch sind. Sie lenken nämlich von der nach wie vor desaströsen Gesamtsituation der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen ab.

Die Zahlen des LDS belegen diese Aussage:

- Die Altfehlbeträge betragen 12 Mrd. € Tendenz steigend.
- Die Kassenkredite haben sich innerhalb von fünf Jahren verfünffacht. Aktueller Stand: 11,7 Mrd. €
- Der Finanzierungssaldo aller Kommunen in den Verwaltungshaushalten hat sich mehr als verzehnfacht. Er stieg von 0,5 Mrd. € in 2000 auf 5,6 Mrd. € in 2005.
- Von 373 Ka. Kommunen befinden sich knapp 200 Kommunen im HSK, davon 118 im Nothaushalt.
- Nur noch 7,5 % aller Kommunen können den Haushalt strukturell ausgleichen, d. ohne Griff in die Rücklage und ohne den Verkauf von Tafelsilber.

Die strukturelle Ursache besteht darin, dass die Ausgaben bei weitem stärker steigen als die Einnahmen.

Mit großer Spannung erwarten Sie jetzt die Übersicht über die Monheimer Haushaltssituation 2007:

Der Gesamthaushalt 2007 kann nicht ausgeglichen werden. Es wird ein Fehlbetrag von 27,3 Mio. € ausgewiesen. Darin enthalten ist der Fehlbetrag des Jahres 2005 in einer Höhe von 21,9 Mio. €. Aus dem laufenden Haushalt resultiert also ein struktureller Fehlbetrag von 5,35 Mio. €. Damit wird nahezu exakt die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzepts 2006 eingehalten. Der für 2006 zu erwartende Gesamtfehlbetrag von 46,8 Mio. € ist hinzuzurechnen, so dass kumuliert ein Gesamtfehlbetrag von 52,16 Mio. € entsteht. Der Haushaltsplan 2007 weist im Vermögenshaushalt Einnahmen und Ausgaben von rund 10 Mio. € aus. Im Verwaltungshaushalt betragen die Ausgaben 111,6 Mio. € und die Einnahmen 84,3 Mio. €.

Isoliert betrachtet sind diese Zahlen und Daten nach wie vor äußerst beunruhigend. Diese Einschätzung relativiert sich mit Blick auf die von uns im Haushaltssicherungskonzept prognostizierte Entwicklung der kumulierten Fehlbeträge.

In den letzten Jahren habe ich aufgrund der durch das Steuervergünstigungsgesetz 2000 verursachten sprunghaften Anstiege der Fehlbeträge davon gesprochen, dass sich unsere Stadt im „freien Fall“ befindet. Sie sehen heute, dass wir gemeinsam, Politik und Verwaltung, in unseren Haushaltssicherungskonzepten eine Vielzahl wichtiger Entscheidungen und damit taugliche Fallschirme gezündet haben, die diesen freien Fall stoppen. Sie sehen die schwarze Null, d. h. den strukturellen Haushaltsausgleich im Jahre 2012. D. h., wir kommen aus der Nothaushaltssituation heraus und schaffen ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Ich bin Ihnen, den Vertreterinnen und Vertretern im Rat der Stadt Monheim am Rhein dankbar, dass wir gemeinsam zumindest im 2. Anlauf ein Haushaltssicherungskonzept gestemmt haben, das die Grundlage für neue Zuversicht, Zukunftsfähigkeit und Optimismus in unserer Stadt bildet.

Im aktuellen Haushaltsvollzug 2006 ist mit einer Verbesserung des Ergebnisses um mind. 2,5 Mio. € auf -6,2 Mio. € zu rechnen. Die positive Entwicklung dieses Rechnungsergebnisses im Verwaltungshaushalt ist, neben der konsequenten Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen, vor allem aus der sich endlich mal wieder nach oben entwickelnden allgemeinen Deckungsmittel. Insgesamt weichen die Einnahmen

der allg. Finanzwirtschaft in 2006 um gut 3 Mio. € von den Planansätzen ab und wir sind guter Hoffnung, dass sich das in den Folgejahren so fortsetzt. Immer wieder haben wir in der Vergangenheit beklagt, dass das Problem unseres Haushaltes weniger die Ausgabenseite, sondern vielmehr die Einnahmenseite betrifft. Im Einzelnen lassen sich folgende Entwicklungen ausmachen:

1. Positive, aber dennoch mit Risiken behaftete Entwicklung der Gewerbesteuer: Von 8,9 Mio. € in 2005 verzeichnen wir aufgrund von Sondereffekten 2,5 Mio. € in 2006 und erwarten eine Verstetigung des Gewerbesteueraufkommens in den Folgejahren bei etwa 11,5 Mio. €.
2. Positive Einnahmeentwicklung aus der Grundsteuer B: Während das Rechnungsergebnis in 2002 noch 5,42 Mio. € betrug, weisen wir im Ansatz 2007 6,6 Mio. € aus. Das hängt auf der einen Seite mit den Mehrerträgen aus den Hebesatzerhöhungen in 2005 auf 400 Punkte und in 2007 auf 415 Punkte zusammen. Auf der anderen Seite haben Neubewertungen durch das Finanzamt in den kürzlich erschlossenen B-Plan-Gebieten sich positiv ausgewirkt, so dass hierdurch ebenfalls Verbesserungen im 6-stelligen-Bereich zugrunde gelegt werden können.
3. Schlüsselzuweisungen: Trotz gestiegener Steuerkraft erzielt Monheim deutliche Mehreinnahmen. Die Grundlage für die Schlüsselzuweisungen ist nicht etwa vom Wohlwollen der neuen Landesregierung sondern von der statischen Verbundsystematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2007 abhängig. Aufgrund des konjunkturellen Aufschwungs und den damit verbundenen Mehreinnahmen des Landes und der höheren Steuerkraft aller Gemeinden im Land fallen die Schlüsselzuweisungen für Monheim am Rhein 2 Mio. € höher aus, als im Vorjahr. Die Steigerung um 2 Mio. € macht aber zugleich auch deutlich, dass die Stadt Monheim am Rhein nicht im gleichen Maß von den Steuermehreinnahmen des Jahres 2006 profitiert hat, wie ein großer Teil der Gemeinden in NRW.
4. Positive Entwicklung der Einkommenssteueranteile:  
Die Gemeinden erhalten nach dem Gemeindefinanzreformgesetz einen bestimmten Anteil des Aufkommens der Lohn- und Einkommenssteuer. Während sich die Schlüsselzahlen in Monheim am Rhein in den letzten Jahren stetig verschlechtert haben und uns in der Stadtplanung dringend veranlas-

sen, neue Wohnbauvorhaben voranzutreiben, ist die Verteilmasse größer geworden. Die im November 2006 veröffentlichte Steuerschätzung macht deutlich, dass wegen der positiven Konjunktur eine Steigerung des Ansatzes von 13,8 Mio. € auf 14,5 Mio. € in Monheim am Rhein zu erwarten ist.

#### 5. Der Blick auf die allgemeinen Deckungsmittel

Beim Blick auf die allgemeinen Deckungsmittel und damit auf die Einnahmenseite unseres Haushaltes zeigt eine positive Entwicklung, die allerdings noch nicht ausreicht, die von uns kritische Linie von 49 Mio. € zu erreichen.

#### 6. Ernsthafte Konsolidierung auf der Ausgabenseite

Der Blick auf die Einsparungen aus den Sparpaketen 1, 2 und 3 zeigt uns, dass wir ein solides Haushalts sicherungskonzept entwickelt haben, dass auf der Zeitachse uns spätestens in 2012 den strukturellen Haushaltsausgleich beschert.

Mir ist es an dieser Stelle jedoch besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass es mit der schlichten Feststellung der Sparpakete nicht getan ist. Wir haben damit erst den Parcours der Haushaltskonsolidierung abgesteckt, der gewissenhaft und konzentriert von Rat und Verwaltung abzuarbeiten ist.

Ich möchte an dieser Stelle nicht leugnen, dass jede Planung auch äußerst risikobehaftet ist. Es ist vor allem die von mir schon im letzten Jahr kritisierte „Zechprellerei von Bund und Land“, die zum unkalkulierten Risiko mutiert. Eines der zu nennenden Gesetzesprojekte lautet „Unternehmenssteuerreform“. Alle sind sich einig:

- Die Steuerflucht muss gestoppt werden durch attraktive Steuersätze.
- Aber gleichzeitig muss unsere Steuerbasis nachhaltig gesichert und verstetigt werden durch das Stopfen von Schlupflöchern und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Diese Ziele sind ehrgeizig und konfliktträchtig zugleich. Es wurde heftig diskutiert und gestritten in den letzten Monaten, zwischen den Regierungsfractionen, den Ländern, der Wirtschaft und den kommunalen Spitzenverbänden.

Anfang November hat sich dann die Arbeitsgruppe unter Leitung der Herren Koch und Steinbrück auf Grundzüge eines Konzepts geeinigt. Der Koalitionsausschuss hat die Ergebnisse wenige Tage später gebilligt.

Danach ist folgendes vorgesehen:

- Die Gesamtsteuerlast für Kapitalgesellschaften wird um 9 % auf unter 30 % gesenkt. Die Körperschaftsteuer von bislang 25 % auf 15 % reduziert. Die neuen Sätze liegen damit im Mittelfeld der alten EU-Staaten.
- Personengesellschaften unterliegen weiterhin der Einkommensteuer (keine Rechtsformneutralität). Sie werden aber um rund 5 Mrd. € entlastet.
- Diese Entlastungsmaßnahmen haben inklusive der Abgeltungssteuer ein Volumen von 30 Mrd. €. Hiervon sollen 25 Mrd. € durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen gegenfinanziert werden.

Eine Maßnahme hierfür ist die Einführung einer sog. modifizierten Zinsschranke. Betroffen sind nur Unternehmen mit einem Zinsaufwand von über 1 Mio. €. Das entspricht einer Kreditsumme von 20 Mio. €.

Aus kommunaler Sicht sind folgende Ergebnisse von Bedeutung:

Die Gewerbesteuer bleibt erhalten, und zwar als Realsteuer. Die ertragsunabhängigen Elemente werden sogar noch ausgebaut.

Die bisherige 50 %ige Hinzurechnung der gezahlten Dauerschuldzinsen wird gestrichen. Satt dessen werden künftig alle Zinsen und Finanzierungsanteile mit einem Hinzurechnungsfaktor von 25 % erfasst. Gewerbesteuerliche Organschaften werden nicht angefasst. Steuerbefreiung von Unternehmenskäufen und -teilkäufen auch nicht.

Der Landesfinanzminister erwirtschaftete für 2006 aufgrund der guten Konjunktur ca. 2,5 Mrd. € Mehreinnahmen, statt der einkalkulierten 0,5 Mrd. €. Für 2006 rechnet er mit einem weiteren Steuerplus von 3,25 Mrd. €, die Prognose des StGB liegt sogar bei 4 Mrd. €. Das allein reicht der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung nicht. Statt im eigenen Haushalt zu sparen, vor allem beim Personal – die sog. Hartmann-Kommission wies im Herbst 2005 Einsparpotenziale von 3 Mrd. € pro Jahr und 45.000 Stellen Überhang aus scheint sie der Mut zur Entbürokratisierung, zur Entfesselung und zur Entzerrung der überflüssigen Mittelbehörden – wie die Vorgängerre-

gierungen auch – verlassen zu haben. Statt vor dem eigenen Hof zu kehren, wählt man lieber die einfachere Methode: den Raubzug durch die kommunalen Kassen. Die Beute: 360 Mio. € kommunaler Finanzmittel! 360 Mio. €, die den Kommunen, den Bürgerinnen und Bürgern für die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge entzogen – oder präziser: gestohlen/geraubt werden:

- So will man ab dem GFG 2007 die Grunderwerbssteuer aus der Verbundmasse herausnehmen. Damit würde der Verbundbetrag um 165 Mio. € gekürzt.
- Im Bereich der Weiterbildung sollen 8 Mio. € gestrichen werden.
- Gleichzeitig soll ab 2007 der kommunale Beitrag zur Krankenhausfinanzierung von 20 % auf 40 % verdoppelt werden. Das macht 110 Mio. € mehr an Belastung aus.
- Die Kürzungen im Kindergartenbereich aus diesem Jahr in Höhe von 70 Mio. € werden fortgeführt.

Für diesen Griff in die kommunalen Kassen gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Es ist ein Verstoß gegen die Grundsätze einer nachhaltigen Finanzpolitik, wenn sich eine staatliche Ebene teilweise zu Lasten einer anderen saniert. Genau das geschieht hier. Wem sollen eigentlich die Kommunen in die Tasche greifen?

Besonders ärgerlich ist, dass es sich bei den Kostenverlagerungen nicht um einmalige oder befristete Konsolidierungsbeiträge handelt, z. B. bis zur Vorlage eines ausgeglichenen Landeshaushaltes. Nein, es sind strukturelle Maßnahmen, die dauerhaft jedes Jahr wirken, völlig unabhängig von der Einnahmeentwicklung der Gemeinden.

Eines darf ich an dieser Stelle feststellen: Die Kommunen – gerade wir in Monheim am Rhein – haben großes Verständnis für die Haushaltsnöte des Landes. Dies schon deshalb, weil sie die Situation aus eigener Betroffenheit seit Jahren kennen.

Dem Ziel des Landes, bis zum Jahr 2015 – die FDP spricht bereits von 2012 – einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, fühlen sich auch die Kommunen und besonders die Stadt Monheim am Rhein verpflichtet. Es wäre schön, wenn uns das zeitgleich gelänge und wir dieselben Chancen hätten. Voraussetzung ist aber, dass keine der beiden Ebenen zu Lasten der anderen spart.